

Hier ist

DIE LINKE.

**Altona für alle –
sozial und solidarisch**

**Kurzprogramm zur Bezirks-
versammlungswahl 2008**



Am 24.2.: DIE LINKE!

Altona für alle – sozial und solidarisch

Wahlprogramm Altonaer Bezirksversammlungswahl 2008

Kurzfassung

Für einen Politikwechsel in Altona

Viele Menschen leben gern im Bezirk Altona. Sie verbinden damit Vielfalt, Lebendigkeit, Schönheit und Offenheit. Altona entstand im frühen 16. Jahrhundert und erlebte in der Folge viele Wandlungen. Das Gesetz zur territorialen Neuordnung des hamburgischen Raumes durch die Nazis gliederte die bis dahin eigenständige Stadt in Hamburg ein. Die Geschichte Altonas war stets von Polarisierung geprägt. Sie kennt neben Herrschaft, Zerstörung, Industrialisierung und Ausbeutung auch die praktizierte Freiheit der religiösen Glaubensausübung, die Gewerbefreiheit ohne die Beschränkung durch die Zünfte, das Eintreten für bürgerliche Freiheitsrechte im 19. Jahrhundert, den antifaschistischen Widerstand und den demokratischen Kampf der Bürgerbewegungen der letzten Jahrzehnte.

**Soziale
Spaltung
stoppen!**

Der Bezirk Altona weist eine sehr starke soziale Polarisierung auf. Den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und verfestigter Armut wie Altona-Nord, Altona-Altstadt oder Lurup mit dem Osdorfer Born stehen die Stadtteile der Besserverdienenden und Vermögenden wie Blankenese oder Nienstedten gegenüber, in denen nur wenige BürgerInnen von sozialer Ausgrenzung und Not betroffen sind. Diese Kluft hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert.

Für diese Entwicklung ist der herrschende CDU-Senat maßgeblich verantwortlich. Er fördert Großprojekte und treibt gleichzeitig den Sozialabbau und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen massiv voran. Schwimmbäder, Schulen oder Bücherhallen werden ausgerechnet in den Stadtteilen geschlossen, deren soziale Schieflage eher den Ausbau von Infrastruktur und Versorgung erfordert. Auch die Privatisierung und damit Schließung öffentlicher Räume und Flächen wie im Volkspark trifft besonders die sozial Benachteiligten, denen ihre Naherholungsgebiete enteignet werden.

Auf der Bezirksebene koalitiert die GAL mit der CDU. Beide Parteien bedienen die Interessen der Gutsituierten im Bezirk. Sie setzen sich nicht für die Erhaltung des Bismarckbades ein, obwohl der Bürgerentscheid den Willen der BürgerInnen in Altona sehr deutlich ausdrückte. Sie unternahmen bisher nichts gegen die Pläne des Senats, den Volkspark so grundlegend umzugestalten, dass sich der Nutzungscharakter für die Menschen im Bezirk völlig verändern wird. Sie fördern sogar die Kommerzialisierungspläne für das Gelände und schließen die BürgerInnen von einer aktiven Mitbestimmung und Mitgestaltung aus.

Wir treten stattdessen für einen radikalen Politikwechsel in Hamburg und Altona ein. Wir setzen der Politik der Ausgrenzung, der Verarmung und der sozialen Spaltung durch den Senat und die Bürgerschafts- bzw. Bezirksversammlungsparteien eine unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten gestaltete Politik entgegen. Wir wollen ein »Altona für alle – sozial und solidarisch«.

**Altona
für alle**

Wir treten ein:

- für ein soziales, solidarisches und ökologisches Altona, das Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle ermöglicht;
- für ein demokratisches Altona, in dem seine BürgerInnen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen verbindlich teilhaben;
- für ein interkulturelles Altona, das MigrantInnen und Flüchtlingen eine Heimat bietet;
- für ein gleichberechtigtes Altona, das von der Kita bis zu den Hochschulen, in Betrieben und Behörden der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt und die überholten Geschlechterrollen des Männer-Frauenbildes aufhebt.
- für ein Altona, das im Gegensatz zum neoliberalen Konzept der »wachsenden Stadt« die benachteiligten Stadtteile fördert. Wir wollen überall in Altona lebenswerte Quartiere. Dazu gehört ein sozialer Wohnungsbau, der niedrige Mieten ermöglicht.

Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass über viele unserer Forderungen und Vorstellungen nicht in der Bezirksversammlung entschieden wird. Wir können dort aber unsere Anliegen thematisieren, diskutieren und so die anderen Parteien zu einer Auseinandersetzung zwingen.

1. Armut bekämpfen

Im Bezirk Altona beziehen fast 30.000 Menschen Sozialleistungen im Rahmen von Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung. In den Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit finden wir auch die meisten EmpfängerInnen des Arbeitslosengeldes II. Nicht wenige haben zwei Jobs, weil einer zur Existenzsicherung nicht reicht. Besonders bedrückend ist die Kinderarmut.

DIE LINKE.Altona wird alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die Menschen mit geringem Einkommen ein menschenwürdiges Leben führen können und sie wieder eine Zukunftsperspektive gewinnen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Keine Zwangsumzüge für Hartz IV-EmpfängerInnen im Bezirk Altona und anderswo;
- preiswerte Mieten, einen verstärkten sozialen und barrierefreien Wohnungsbau und eine verlängerte Mietpreisbindung für Sozialwohnungen;
- ein Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen, das die freie und kostenlose Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Dienstleistungen und Verkehrsmittel beinhaltet;
- Erhöhung des Eckregelsatzes für ALG II-, Grundsicherungs- und SozialhilfeempfängerInnen von derzeit 347 Euro auf 500 Euro. Kinder und Jugendliche sollen zukünftig 300 Euro bzw. 400 Euro erhalten.
- Einstieg in eine Kindergrundsicherung;
- Heraufsetzung der Mietkostenobergrenze um 100 Euro;
- Ausbau der sozialen Beratungseinrichtungen, insbesondere der Schuldner- und Rechtsberatungsstellen;
- verstärkte Förderung und den Ausbau der Familien- und Jugendhilfe in den sozial benachteiligten Stadtteilen;
- Ausweitung der Öffnungszeiten und der Angebote in den Jugendeinrichtungen;
- Ausbau der außerbetrieblichen Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluss;
- zehn zusätzliche Stellen bei den Allgemeinen Sozialen Diensten des Bezirksjugendamts;
- Beseitigung des ungerechten Kita-Gutschein-Systems; kostenlose Kindergarten-, Krippen- und Kindertagesstättenplätze für Familien mit niedrigem Einkommen.
- mehr Integrationskindergärten in jedem Stadtteil;
- kostenlosen Zugang von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien zu öffentlich geförderten Sportvereinen und Schwimmbädern;

**z.B. Sozial-
ticket**

**z.B. Kinder-
grund-
sicherung**

- bessere Versorgung der Wohnungslosen mit Wohnraum, Medizin und warmen Mahlzeiten;
- eine preisgünstige und qualitativ hochwertige ambulante und stationäre Versorgung für SeniorInnen und Pflegebedürftige;
- Versorgung psychisch kranker Menschen, vor allem mit Migrationshintergrund, mit allen aus ihrer Sicht erforderlichen Leistungen.

2. Quartiersnahe ökologisch-soziale Arbeitsplätze schaffen

Im September 2007 waren fast 10.000 Menschen in Altona arbeitslos. Langzeitarbeitslose (4.000), die 40% aller Arbeitslosen ausmachen, und MigrantInnen, die mit 18,6% die höchste Arbeitslosenquote ausweisen, sind davon besonders betroffen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein neuer Ansatz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Dafür sind ein gesetzlicher Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzungen und eine barrierefreie Gestaltung der Arbeitsplätze unverzichtbar. Der Aufbau eines sozial fairen und öffentlich geförderten Beschäftigungssektors soll vor allem in der Stadtteilökonomie, in kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Bereichen Arbeitsplätze schaffen.

**Öffentlicher
Beschäftigungssektor**

Ziel ist die Integration aller erwerbsfähigen Menschen in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit auskömmlichem Einkommen entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten sowie die Angleichung der Lebensbedingungen in den Quartieren. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) sind keine Lösung, da sie nur eine Durchgangsstation in den Niedriglohnsektor darstellen und eine umfassende Entwertung von Arbeit und Arbeitenden befördern.

DIE LINKE.Altona fordert deshalb

- die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und ihre Umwandlung in sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse. Den Betroffenen müssen darüber hinaus weitere Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden. Dafür sind die bisher für »Arbeitsgelegenheiten« eingesetzten Gelder einzusetzen und die Mittel für Arbeitsmarktpolitik aufzustocken.
- die gezielte Förderung von quartiersnahen sozialversicherungspflichtigen Vollzeit Arbeitsplätzen, die ökologisch und sozial verantwortlich betrieben werden und nicht an der Rüstungsproduktion beteiligt sind. Von besonderem Interesse sind dabei Arbeitsplätze im Bereich der neuen Energien;
- die Unterstützung genossenschaftlicher Betriebe und anderer Formen gemeinschaftlichen Eigentums;

**Abschaffung
der Ein-Euro-
Jobs**

- die Koppelung der Förderung von Unternehmen an die Sicherstellung eines barrierefreien Zugangs von behinderten Menschen zu Arbeitsplätzen und Dienstleistungen;
- die Verbesserung des Zugangs psychisch kranker Menschen zum Arbeitsmarkt.

3. Soziale Stadtteilentwicklung fördern

Förderung benachteiligter Stadtteile

Die umfassende Förderung benachteiligter Stadtteile bildet die Grundlage unserer sozial und solidarisch orientierten Bezirkspolitik. Es geht um eine Verbesserung der Wohnsituation, den Aufbau von Beschäftigung, um eine auf Chancengleichheit ausgerichtete Neuorganisation des Bildungsbereichs, die Stärkung der frühkindlichen Erziehung und der Kinder- und Jugendarbeit im außerschulischen Bereich sowie um qualitativ hochwertige Gesundheits- und Kulturangebote. Wir treten für eine barrierefreie Gestaltung und Zugänglichkeit der öffentlichen Räume, Wohnungen, des Nahverkehrs und der geförderten Betriebe ein.

Die LINKE.Altona will:

- die bessere finanzielle Ausstattung und zeitliche Verlängerung der bisherigen Programme, z.B. im Osdorfer Born und in Altona-Altstadt, zur Förderung der Entwicklung von Stadtteilen («soziale Stadt«, »lebenswerte Stadt«, »aktive Stadtteilentwicklung« etc.); sie müssen auch in ihren Aufgaben und Zielsetzungen deutlich erweitert werden;
- die Ausweitung von Programmen zur sozialen Stadtteilentwicklung auf bisher noch nicht geförderte oder wieder aus der Förderung herausgefallene Stadtteile wie Lurup, Altona-Nord und Teile von Iserbrook;
- die Begrenzung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und der Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen durch »Soziale Erhaltungsverordnungen«;
- die Errichtung und den Ausbau von Stadtteilzentren, die von allen Menschen im Stadtteil kostenlos und in Selbstverwaltung genutzt und geführt werden, das Ziel ist die Förderung von Stadtteilkultur und -kommunikation;
- den Stopp des Mietanstiegs bei Neuvermietungen;
- die Verhinderung und das Rückgängigmachen der Aufwertung von Vierteln in »gute Wohnlagen«, die für Mieterhöhungen um bis zu 20% sorgt;
- die Beendigung des Zwangs für Hartz IV-EmpfängerInnen, ihre Wohnungen zu verlassen, weil diese vorgeblich zu teuer sind;
- prüfen, ob die Bahn ohne weiteres die nicht mehr genutzten Areale des Altonaer Bahngeländes verkaufen darf. Es gilt zu klären, ob kommunale

Errichtung und Ausbau von Stadtteilzentren

Grundstücke, die der Bahn AG oder ihren Vorgängern einst zur Nutzung überlassen wurden, jetzt aber von ihr nicht mehr genutzt werden, saniert an die Kommune zurückgegeben werden müssen;

- die aktive Mitbestimmung der Altonaer Bevölkerung an den Bauplanungen des Bahngeländes bis zum Kopfbahnhof.

4. Stopp aller Privatisierungsvorhaben und Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe unter demokratischer Kontrolle

Alle Hamburger Landesregierungen haben in den letzten 15 Jahren öffentliches Eigentum verscherbelt. Die vollmundigen Versprechungen, die mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gegeben wurden, haben sich stets als illusionär erwiesen. Ob beim Verkauf der HEW oder bei der Veräußerung des Landesbetriebs Krankenhäuser, letztlich verschlechterten sich die Beschäftigungsbedingungen, sanken der Umfang und die Qualität der Dienstleistungen und wurden die öffentlichen Finanzen nicht ent- sondern belastet.

**Re-Kommuna-
lisierung**

Die Folgen der Privatisierungspolitik sind auch in Altona deutlich spürbar:

- Mit dem Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser an Asklepios wurde auch das AK Altona privatisiert und der Logik der Kapitalverwertung unterworfen. Die Gesundheitsversorgung im Bezirk und die Arbeitsbedingungen der nun bei Asklepios Beschäftigten haben sich dadurch deutlich verschlechtert.
 - Gegen den erklärten Bürgerwillen wurde das 95 Jahre alte Jugendstilbauwerk Bismarckbad abgerissen. Die Immobilie ist jetzt im Besitz des Mailänder Pirelli-Konzerns – ein Reifenhersteller, der zu einem der größten Immobilienspekulanten Europas aufgestiegen ist. Damit wurde Altona eines seiner schönsten öffentlichen Bauwerke beraubt.
 - Durch den Umbau des Volksparks in eine Sport- und Freizeitarena werden die für die Naherholung so wichtigen Grünflächen enteignet und der privaten Verwertung zugänglich gemacht. Darüber hinaus sollen weitere Flächen (Elbstrände) privaten Investoren zur Verfügung gestellt werden.
- DIE LINKE. Altona plädiert deshalb für eine Re-Kommunalisierung aller privatisierten öffentlichen Unternehmen.
- Die Energieversorgung gehört in öffentlichen Besitz und muss zügig auf ökologische Techniken umgestellt werden.
 - LBK und pflegen & wohnen müssen wieder in städtisches Eigentum überführt werden.
 - Grün- und Erholungsflächen wie der Volkspark und die Elbstrände müssen weiterhin von allen gebührenfrei nutzbar sein.

**Volkspark und
Elbstrände
für alle**

**Soziale
Stadtplanung**

- Kulturelle Einrichtungen wie das Altonaer Museum und die Stadtteilarchive müssen besser finanziell gefördert werden und öffentliche Einrichtungen bleiben.
- Öffentliches Eigentum darf nicht mehr verkauft werden.
- Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss konsequent bekämpft werden.
- Stadtplanerische Großprojekte (wie z.B. der ehemalige Güterbahnhof und das Sanierungsgebiet in Altona-Altstadt) müssen unter strikter Beachtung sozialer Aspekte gestaltet werden.

5. Bildungsgerechtigkeit für alle AltonaerInnen

DIE LINKE strebt in Hamburg und Altona ein einheitliches und demokratisches Bildungssystem an, das sich insbesondere an dem Grundsatz orientiert, Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien besonders zu fördern. Es soll von der Vorschule bis zum Oberstufenkolleg einschließlich Berufsschule und Weiterbildung reichen. Es darf nicht sein, dass in sozial benachteiligten Stadtteilen bis zu 32% der HauptschülerInnen keinen Abschluss erlangen!

Dafür setzen wir uns ein:

**Eine Schule
für Alle**

- Schluss mit der Privatisierung von Bildung und Ausbildung;
- Eine Schule für alle bis zur 10. Klasse, hierfür ein Pilotprojekt in Altona;
- eine doppelqualifizierende Schulbildung nach dem zehnten Schuljahr als Berufsausbildungs- und Hochschulreife;
- keine Klasse über 25 Schülerinnen und Schüler und kleine Gruppengrößen;
- integrative Regelschulen in Altona Altstadt, Altona Nord, Osdorf und Lurup;

**Lernmittel-
freiheit**

- Lernmittelfreiheit;
- kostenloser Deutschunterricht für alle, die ihn wollen;
- gleichberechtigte Vernetzung von Jugendhilfe und Schule bei Rücknahme der erheblichen Kürzungen im Ganztags Schulbereich;
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind Orte des Lernens. Deshalb benötigen sie eine bessere Ausstattung mit qualifiziertem Personal und mit Sachmitteln. Das Ausbildungs- und Fortbildungswesen ist in diesem Sinne zu verbessern.

6. Ein soziales und ökologisches Verkehrssystem in Altona

Nach wie vor genießt der Autoverkehr den absoluten Vorrang in der Verkehrspolitik des Senats. Weder durch Straßenbau noch durch andere Verkehrsmaßnahmen konnte der Individualverkehr bisher vernünftig geregelt oder auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werden. Der maßvolle Rück- und Umbau der Autofahrbahnen zugunsten der Nutzung durch Busse, Bahnen und Fahrräder hat deshalb für DIE LINKE Vorrang.

Dafür setzen wir uns ein:

- **Barrierefreier Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs!** Konkret bedeutet dies: Bau einer U-Bahn- oder Stadtbahnstrecke nach Osdorf und Lurup; Einrichtung eines Zehn-Minuten-Fahrtakts der S1 von Blankenese nach Wedel; mehr Busspuren und Busstraßen sowie Wiedereinrichtung der Busspur in der Stresemannstraße.
- Förderung des Radverkehrs und den Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes im Bezirk Altona!
- Tempo 30 und sichere Schulwege!
- Fußgängerzone in der Bahrenfelder Straße zwischen dem Alma-Wartenberg-Platz und der Ottensener Hauptstraße und Wiederherstellung der Fußgängerzone in der Großen Bergstraße!
- Anwohnerparken in allen Altonaer Wohngebieten!

Öffentlicher Nahverkehr

Radwege ausbauen

7. Für ein offenes und demokratisches Altona

Die Parteien in der Bürgerschaft und in manchen Bezirksversammlungen sowie der regierende Senat scheren sich wenig um Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die BürgerInnen. Bürger- und Volksentscheide wurden ignoriert. Das hat sowenig mit Demokratie zu tun wie die Abschiebung von Flüchtlingen, die in ihren Heimatländern um ihr Leben fürchten müssen und denen hier oft das Recht verwehrt wird, zu arbeiten und zu wählen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Volksentscheide (Landesebene) und Bürgerentscheide (Bezirksebene) sollen künftig Gesetzescharakter bekommen und nicht mehr mit einer einfachen Mehrheit der Bürgerschaft bzw. durch einen Senatsbeschluss wieder aufgehoben werden können.
- Die Bezirke sollen mehr Selbstbestimmungsrechte z.B. in den Bereichen Wohnen, Bildung und Kultur mit eigenen Haushaltsmitteln erhalten. Das Evokationsrecht, d.h. die Möglichkeit des Senats, Beschlüsse der Bezirksversammlungen aufzuheben, muss begrenzt und die Zuständigkeit von

Mehr direkte Demokratie

Bürgerschaft und Bezirksversammlungen neu definiert und voneinander abgegrenzt werden. Zudem sollen die Bezirke stärker an den Haushaltsbeschlüssen und den politischen Entscheidungen auf der Landesebene beteiligt werden, die ihre Belange betreffen. Das gilt insbesondere auch für Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung. Unser Ziel ist es, alle politischen Entscheidungsprozesse bis hinunter ins Quartier bzw. den Stadtteil bürgernäher zu organisieren.

Gleiche Rechte für Flüchtlinge und Migranten

- Die Durchsetzung gleicher Rechte für alle in unserem Bezirk lebenden Menschen. Dazu gehören das Bleiberecht, die freie Wahl des Aufenthaltsortes und die Ermöglichung eines selbst bestimmten Lebens für Flüchtlinge und MigrantInnen.
- Die Einführung des kommunalen, hier des bezirklichen Wahlrechts für alle Menschen, die in Altona leben, und nicht nur für Ausländer mit einem EU-Pass, wie es derzeit geregelt ist.
- Den Abschluss von Partnerschaften mit von Krieg und Unterdrückung betroffenen Städten und Gemeinden. Dieses Projekt soll richtungsweisend dem Frieden und der Völkerverständigung dienen und ein Zeichen setzen gegen Krieg, Rassismus und Faschismus hier und in aller Welt.

Hier ist DIE LINKE.Altona

Die Durchsetzung einer alternativen Stadtentwicklung erfordert ein umfassend verändertes Kräfteverhältnis in dieser Stadt und in unserem Bezirk. Zunächst geht es darum, den neoliberalen Umbau zu stoppen und einen anderen Entwicklungspfad als Einstieg in eine soziale und solidarische Stadtentwicklung zu öffnen.

Der außerparlamentarische Druck hat für DIE LINKE Vorrang, denn nur, wenn es auf Straßen und Plätzen, in Büros und Verwaltungen, in Vereinen und Bildungseinrichtungen zu einer Dominanz des Veränderungs- und Reformwillens kommt, ist eine Änderung der herrschenden Politik möglich.

Soziale Bezirkspolitik ist möglich!

DIE LINKE. Altona strebt eine starke parlamentarische Vertretung im Bezirk an, um mit allen demokratischen Kräften gemeinsam die Wende zu einer sozialen, solidarischen Bezirkspolitik durchzusetzen. Wir werden dort den unsozialen Inhalt der Politik der schwarz-grünen Mehrheit in der Bezirksversammlung skandalisieren, deren Hauptanliegen die Förderung der Interessen der Besserverdienenden und Vermögenden in den gut situierten Stadtteilen ist. Wir werden uns auch dort für eine Eindämmung und Bekämpfung der sozialen Spaltung im Bezirk stark machen.

Viele unserer Forderungen und Ziele sind nur auf Bundes- bzw. Landesebene durchsetzbar. Dafür machen sich unsere Bundestagsfraktion und zukünftige Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft stark. Wir möchten allerdings auch die Selbstbestimmungsrechte der Bezirke stärken. Manches, was bisher auf Landesebene entschieden wird, ist besser im Bezirk und damit bei den unmittelbar betroffenen BürgerInnen aufgehoben. Die Bezirksversammlungen sind insbesondere mit einem eigenen Haushalt auszustatten, der es möglich macht,

- eigene Förderprogramme insbesondere zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen umzusetzen;
- Altona ökologisch weiter zu entwickeln;
- einen eigenen Beitrags Altonas zum Klimaschutz zu gewähren;
- demokratische und friedenspolitische Initiativen zu starten.

Solange dies nicht erreicht ist, wird sich die linke Bezirksversammlungsfraktion dafür einsetzen, dass mit dem ganzen politischen Gewicht Altonas Druck auf Senat und Bürgerschaft ausgeübt wird, um die oben genannten Forderungen auf Hamburger Ebene durchzusetzen.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus. Ein anderes Hamburg und ein anderes Altona sind nötig und möglich.

Mit diesem Kurzwahlprogramm wollen wir Ihnen, den BürgerInnen Altonas, unsere Politikkonzepte vorstellen. Im Wahlkampf wollen wir mit Ihnen diskutieren. In der Bezirksversammlung wollen wir für ihre Umsetzung streiten.

Informieren Sie sich, sprechen Sie mit uns. Und nicht zuletzt: Geben Sie uns am 24. Februar 2008 Ihre Unterstützung bei der Wahl zu Bürgerschaft und Bezirksversammlung. Damit in Hamburg und Altona erstmals eine linke, antineoliberale Kraft in Bürgerschaft und Bezirksversammlung einzieht – eine Kraft, die ohne Wenn und Aber auf der Seite derjenigen steht, die ausgegrenzt und ausgeschlossen sind.

Wählen Sie die DIE LINKE in Altona und Hamburg.

Altonaer KandidatInnen

Hamburger Bürgerschaft DirektkandidatInnen in den Wahlkreisen

Wahlkreis Altona 03



Michael Sauer, Ingrid Gangloff, Norbert Hackbusch, Ulrike Grotehusmann, Bernhard Müller

Platz 1: **Norbert Hackbusch**, 52 Jahre, Verlagsangestellter;
Politische Schwerpunkte: Arbeit, Soziales, Kultur

Platz 2: **Michael Sauer**, 56 Jahre, Bankkaufmann und EDV-Dozent;
Politische Schwerpunkte: Arbeit, Bildung und Stadtplanung

Platz 3: **Bernhard Müller**, 56 Jahre, Verlagsangestellter, Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«;
Politische Schwerpunkte: Öffentliche Finanzen, Arbeits- und Sozialpolitik, Rechtspopulismus und -radikalismus

Platz 4: **Ulrike Grotehusmann** (DKP), 46 Jahre, Tischlerin;
Politische Schwerpunkte: Antirepression, Frauen, Bildung

Platz 5: **Ingrid Gangloff**, 58 Jahre, Rentnerin auf Zeit;
Politische Schwerpunkte: Bürgerbeteiligung, Erhalt des öffentlichen Eigentums

der LINKEN im Überblick

Wahlkreis Blankenese 04



Dirk Kölsche, Eckhardt Fey, Susanne David, Gerd Woelk, Volker Vödisch

Platz 1: **Volker Vödisch**, 50 Jahre, Sozialpädagoge;
Politische Schwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfe, Arbeit & Soziales, Stadtteilentwicklung

Platz 2: **Susanne David**, 47 Jahre, Bürokauffrau
Politische Schwerpunkte: Arbeit und Soziales, Hartz IV

Platz 3: **Eckhardt Fey**, 68 Jahre, Diplom-Soziologe
Politische Schwerpunkte: Stadtteilautonomie und Wirtschaftsdemokratisierung

Platz 4: **Gerd Woelk**, 54 Jahre, Maler und Lackierer
Politische Schwerpunkte: Berufliche Bildung und soziale Gerechtigkeit

Platz 5: **Dirk Kölsche**, 37 Jahre, Industriekaufmann z. Zt. arbeitslos
Politische Schwerpunkte: Sozialpolitik, Wohnungsbau

Bezirksversammlung Altona

KandidatInnen der Bezirksliste



Nihat Baydilli, Robert Jarowoy, Susanne David, Anita Friedetzky, Eckhardt Fey, Karsten Strasser, Ulrike Grotehusmann, Ingrid Gangloff, Manfred Auerswald, Werner Haertel

Platz 1: **Robert Jarowoy**, 55 Jahre, Naturkosthändler;
Politische Schwerpunkte: Kommunalpolitik, Internationalismus

Platz 2: **Anita Friedetzky**, 58 Jahre, Lehrerin;
Politische Schwerpunkte: Bildung, Frauen, Migranten und internationale Politik

Platz 3: **Karsten Strasser**, 40 Jahre, Rechtsanwalt;
Politische Schwerpunkte: Arbeit und Soziales, Umwelt, Verkehr und Stadtplanung

Platz 4: **Ingrid Gangloff** (s.S. 12)

Platz 5: **Nihat Baydilli**, 51 Jahre, Sozialarbeiter;
Politische Schwerpunkte: Ausländerpolitik, Jugendpolitik

Platz 6: **Ulrike Grotehusmann** (s.S. 12)

Platz 7: **Susanne David** (s.S. 13)

Platz 8: **Manfred Auerswald**, 67 Jahre, Sonderpädagoge im Ruhestand;
Politische Schwerpunkte: Bildungspolitik, hier besonders die gemeinsame Beschulung »Behinderter« und »Nichtbehinderter«

Platz 9: **Werner Haertel**, 57 Jahre, Lehrer
Politische Schwerpunkte: Schule, Arbeit und Verkehr

Platz 10: **Eckhardt Fey** (s.S. 13)

DirektkandidatInnen in den Wahlkreisen

Wahlkreis Altona 03



Robert Jarowoy, Anita Friedetzky, Michael Sauer, Ingrid Gangloff, Karsten Strasser

Platz 1: **Michael Sauer**

Platz 4: **Ingrid Gangloff**

Platz 2: **Anita Friedetzky**

Platz 5: **Karsten Strasser**

Platz 3: **Robert Jarowoy**

Platz 6: **Norbert Hackbusch**

Wahlkreis Blankenese 04



Dirk Kölsche, Eckhardt Fey, Susanne David, Gerd Woelk, Volker Vödisch

Platz 1: **Eckhardt Fey**

Platz 4: **Dirk Kölsche**

Platz 2: **Susanne David**

Platz 5: **Volker Vödisch**

Platz 3: **Gerd Woelk**

